Freitag, den 17. April.

Thorner Zeitung.

№ 90.]

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

[1868.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 15. April. Der Prinz - Admiral Adalbert ist heute Morgen hier eingetroffen, um die Panzerfregotte „Friedrich Karl" zu besichtigen und auf derselben eine Probefahrt zu machen.

Dresden, 15. April. Der Großherzog von Sachsen-Weimar ist heute hier eingetroffen.

Stuttgart, 15. April. Beim hiesigen Obertribunal wurde heute in letzter Instanz der im Namen des Königs von Preußen und der preußischen Regierung gegen den Redakteur des „Beobachters", Mayer, erhobene Preßprozeß verhandelt. Das Urtheil wird am Montag verkündigt.

Paris, 15. April. Der „Abendmoniteur" sagt in seiner Wochenrundschau: Die wechselseitigen Beziehungen der Mächte tragen einen friedfertigen, herzlichen Charakter. Die Kabinete sind durch keine aufregende Frage von einander geschieden. Die pessimistischen Beurtheilungen gewißer Journale beruhen nicht auf genauen Informationen. — Der „France" zufolge ist das Demissionsgesuch Budbergs, als rußischer Botschafter in Paris, angenommen worden. Gestern hat nach demselben Blatte in München zwischen dem Baron Budberg und dem Baron v. Meyendorff ein Pistolenduell stattgefunden. Baron Budberg, leicht verwundet, wird heute nach Paris zurückkehren. — „France" glaubt ferner zu wissen, daß die in dem „Journal des Débats" aufgestellte Behauptung, daß von einer formellen Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich die Rede gewesen sei, unrichtig ist. — „Etendard" meldet aus Perpignan: in Catalonien wurde am 13. d. M. der Belagerungszustand erklärt. Anlaß dazu hatten Arbeiterunruhen gegeben. In mehreren Fabriken waren Exzesse verübt worden.

Petersburg, 15. April. Gegenüber der „N. fr. Pr." erklärt das heutige „Journal de St. Pétersbourg", daß die russische Regierung angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse der nordamerikanischen Union eingewilligt habe, die Zahlung des Kaufpreises für die abgetretenen ehemals rußischen Besitzungen in Amerika bis zum 1. Mai zu verschieben; übrigens sei es nicht in Zweifel zu ziehen, daß der Kongreß die Zahlung genehmigen werde. — Das „Journal" hält es für möglich, daß die Großmächte sich darüber einigen werden, ihre Armeen auf einen vollständig beruhigenden Friedensfuß zu versetzen.

Norddeutscher Reichstag.

Berlin. „Dem Reichstage liegt nunmehr der Entwurf der neuen Gewerbeordnung vor. Die Vorberathung des wichtigen Gesetzes geschieht zunächst in der jüngst gewählten Kommission, zu deren Berichterstatter der Abgeordnete Braun (Wiesbaden) ernannt ist. — Die Arbeiten des Reichstages werden am Sonnabend (25.) vorläufig unterbrochen werden müssen, da am 27. die Berathungen des Zollparlaments beginnen. Letzteres wird vermuthlich einen Zeitraum von etwa vier Wochen in Anspruch nehmen. Der Reichstag würde demnach seine öffentlichen Berathungen etwa in der letzten Woche des Mai wieder aufnehmen können. Die Aufgaben desselben dürften jedoch inzwischen in den Kommissionen für die endgültige Erledigung erheblich vorbereitet sein." Mehrere Mitglieder des Bundesrathes des Zollvereines haben die Heimreise, angetreten, um in Bezug auf einige Vorlagen Instruktionen einzuholen. Zu denselben gehört u. A. der bairische Staatsrath v. Weber, welchem bekanntlich das Referat über den Entwurf, betreffend die Tabaksteuer, zuertheilt worden ist. — An den Reichstag ist soeben von 15 Mitgliedern der linken Seite folgender Antrag gerichtet worden: „Der Reichstag wolle beschließen: die Aufhebung des beim Stadtgericht zu Berlin gegen den Abg. Duncker anhängigen Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode auf Grund des Artikels 31 der Verfassung des norddeutschen Bundes zu verlangen."

Norddeutscher Bundesrath.

Berlin, 11. April. Bei der Durchberathung der norddeutschen Gewerbeordnung im Bundesrath ist Preußen zum ersten Male überstimmt worden. Es war aus Anlaß der von ihm beantragten Concessionspflichtigkeit gewisser Gewerbe, daß es mit seinen 17 Stimmen allein und in der Minderheit blieb. Daß die mecklenburgischen Bevollmächtigten gleich zu Anfang der Berathung ein Seufzen über das abgethane Zunftwesen ausgestoßen haben, ohne jedoch daran bestimmte Anträge zu knüpfen, haben unsere Offiziösen natürlich bereits gemeldet, während sie jenes gleich interessante Faktum voraussichtlich verschweigen werden.

Zollverein.

Berlin, 14. April. Der „Staatsanzeiger" enthält eine Bundes-Präsidialverordnung, welche das deutsche Zollparlament zum 27. April nach Berlin einberuft.

Politische Uebersicht.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 15. April. Der „St.-A." veröffentlicht das mit Zustimmung des Reichstags zu Stande gekommene Bundesgesetz, die Unterstützung der bedürftigen Familien zum Dienste einberufener Mannschaften der Ersatzreserve betreffend, vom 8. April 1868. Wie verlautet, ist der hier vereinbarte Postvertrag mit der Schweiz am Sonnabend den 11. d. Mts., Mittags 1 Uhr, unterzeichnet worden, und zwar einerseits von den Bevollmächtigten der Schwei-

Johnson's Nachfolger.

Wenn jetzt Andrew Johnson in Folge des gegen ihn gefällten Urtheilspruches die Präsidentschaft niederlegen muß, wird zunächst sein gesetzlicher Nachfolger in der Regierung jener Benjamin F. Wade sein, der bisher den Vorsitz im Senate der Vereinigten Staaten führte. Sobald nun Wade die Präsidentschaft angetreten hat, ist natürlich sein Mandat als Senator erloschen. Trügen aber nicht alle politischen Anzeichen, so wird Wade's öffentliche Laufbahn am 4. März 1869, an welchem Tage er die Präsidentschaft voraussichtlich an General U. S. Grant abgeben wird, keineswegs zu Ende sein. Denn eine republikanische Staats-Convention nach der andern verlangt, wie die Nachrichten aus Amerika lauten, daß ihn die im Mai dieses Jahres zusammentretende republikanische National-Convention für die Vicepräsidentschaft neben dem Präsidentschaftscandidaten Grant ernennen soll. Es dürfte daher am Platze sein, hier einige kurze biographische Notizen über den nächsten Amtsnachfolger Andrew Johnson's folgen zu lassen:

Benjamin Franklin Wade wurde im Jahre 1800 zu Springfield im Staate Massachusetts geboren. Sein Vater hatte sich als Soldat im amerikanischen Unabhängigkeitskriege des vorigen Jahrhunderts ruhmlich hervorgethan. Während des Winters besuchte der junge Wade die öffentliche Schule seiner Vaterstadt; im Sommer aber mußte er sich, da seine Familie sehr arm war, häufig als Feldarbeiter verdingen. Als er größer wurde, bekleidete er, da er sich durch unermüdlichen Fleiß und Selbststudium einen gewissen Grad von Kenntnissen verschafft hatte, in der Winterzeit die Stelle eines Schulmeisters, während er sich im Sommer, ähnlich wie Abraham Lincoln, seinen Unterhalt auf einer Farm als Tagelöhner oder als Holzhacker im Walde zu verdienen bemüht war. Eine lange Zeit grub und schaufelte er auch als Tagelöhner am Erie-Canal, dessen Bau bekanntlich im Jahre 1817 begonnen und 1825 vollendet wurde. —

In seinen zwanziger Jahren beschloß er, wie so viele seiner Landsleute, sein Glück im Westen der Union zu suchen. Wir finden ihn in Ashtabula County, im Staate Ohio, in einem Advocatenbureau eifrig mit dem Studium der Rechte beschäftigt. Nachdem er sein Examen als Advocat bestanden, wählte er das oben genannte County zu seinem bleibenden Wohnsitze, und dasselbe ist noch heut seine Heimath. Im Jahre 1835 wurde er daselbst zum Staatsanwalt gewählt. In der Politik schloß er sich dem äußersten linken oder abolitionistischen Flügel der Whigpartei an. Seine Mitbürger wählten ihn im Jahre 1837 in den Staatssenat von Ohio, eine Stelle, die er viele Jahre lang inne hatte.

Im Jahre 1849 ernannte ihn die gesetzgebende Versammlung Ohio's zum präsidirenden Richter im dritten Gerichtsdistricte des Staates. Aber schon nach Verlauf von zwei Jahren wurde er von derselben Versammlung in den Bundessenat gewählt; im Jahre 1857 erfolgte seine Wahl in diesen hohen Staatskörper von Neuem, und ebenso im Jahre 1863. Seine Amtszeit als Senator erstreckt sich gerade noch bis zum 4. März 1869. Welche hohe Achtung sich Wade während seiner mehr als sechzehnjährigen Senatorenlaufbahn erwarb, geht am besten daraus hervor, daß ihn die republikanische Partei im Senate voriges Jahr eben im Hinterblick auf die Möglichkeit einer Amtsentsetzung Andrew Johnson's zum Senatspräsidenten, also zum Vicepräsidenten der Republik erwählte. —

Benjamin F. Wade trat bei jeder passenden Gelegenheit den stolzen südlichen Junkersenatoren und ihren nördlichen Helfern und Helfershelfern mit dem

zerischen Eidgenossenschaft, anderseits von den Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes, so wie der süddeutschen Staaten Baiern, Würtemberg und Baden. — Der Postvertrag mit Norwegen, welcher am 15. d. M. in Kraft tritt, bestimmt das Porto für den einfachen Brief, frankirt auf 3½ Sgr., unfrankirt auf 5 Sgr. Durch Postanweisung können Zahlungen bis 30 Thlr. vermittelt werden, wofür das Porto 4 Sgr. beträgt. — Die Fortificationsarbeiten sollen, wie man der „K.Z." schreibt, auf das Nothwendigste beschränkt werden. — Wie die „Kreuzztg." berichtet hat ein eingehendes Gespräch zwischen dem Marquis de Moustier und dem preuß. Botschafter Grafen Goltz über die Entwaffnungsfrage stattgefunden. Beide haben anerkannt, daß eine beiderseitige Entwaffnung in dieser Zeit nicht stattfinden könne. — Der Generalstabschef General v. Moltke ist heute von seiner Reise nach dem Rhein zurückgekehrt.

Dresden. Die Abschaffung der Todesstrafe ist, von der 2. Kammer mit 42 gegen 23 angenommen worden. Der Justizminister vertheidigt die Regierungsvorlage vom conservativen Standpunkt aus; indem er die Meinung aussprach, daß der Conservatismus nie Stabilität werden müsse. Die Mehrzahl der Gebildeten spreche sich für die Abschaffung der Todesstrafe aus und Diejenigen, welche es nicht wollten, wünschen zum Theil aus Angst die Beibehaltung derselben. Der Abg. Sachse, der die Rede der Justizministers bekämpfte, versuchte die Beibehaltung der Todesstrafe damit zu begründen, daß er sie aus „sittlichen Principien" und „Gottes Wort" herleitete.

Süddeutschland.

München, 15. April. Das Programm der liberalen Mittelpartei ist festgestellt; die Hauptgrundzüge desselben sind folgende: Festhalten an der Allianz mit Norddeutschland und an den Zollvereinsverträgen; Betheiligung am weiteren Ausbau derselben. Das Ausland soll Baiern stets bereit finden, für die Integrität und Ehre Deutschlands alle Opfer zu bringen. Die liberale Mittelpartei verwirft jedes Bestreben, welches auf die Isolirung Baierns oder auf Einmischung fremder Mächte in die Angelegenheiten Deutschlands abzielt. Der gegenwärtige Zustand Deutschlands gilt der Partei als Uebergangsstadium zu einem definitiven Zustande, und als solchen bezeichnet sie eine die nationalen Interessen sichernde Einigung zwischen Süddeutschland und Norddeutschland, sowie eine möglichst innige Allianz mit Oesterreich als Ergänzung. Der Eintritt Baierns in den gegenwärtigen norddeutschen Bund erscheint nicht zweckmäßig, vielmehr muß bei einer endlichen Umgestaltung Deutschlands, die Erhaltung der Selbständigkeit Baierns angestrebt werden, insoweit dadurch die Gesammtinteressen nicht geschädigt werden. Das Programm schließt mit dem Versprechen, dem jetzigen bairischen Ministerium in dessen Thätigkeit nach den bisher festgehaltenen Grundsätzen, die Unterstützung der Partei zu gewähren [illegible] dringend verlangen, [illegible] zwischen ihr und dem Ministerium sich bewähre.

Karlsruhe, 12. April. Zwei wichtige Gesetze — das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit und jenes über die Presse — sind verkündigt. Das zweite ist unzweifelhaft praktischer und wichtiger; es enthält die vollständigste Freiheit der Preßgewerbe ohne Vorbehalt irgend welcher administrativer Maßnahmen. Besonders interessant wird es Angesichts der in Preußen viel erörterten Streitfrage sein, zu vernehmen, daß zwar der § 13 des Gesetzes die successive Haftbarkeit des Herausgebers, Verlegers und Druckers festsetzt, daß dagegen der § 14 bestimmt: „Keine der obenbezeichneten Personen kann als Zeuge gezwungen werden, den Verfasser einer Druckschrift zu benennen." Damit ist der gerichtlich-administrativen Jagd nach Verfassern die Pforte fest verschlossen und der Presse ein ihr lange genug vorenthaltenes Stück freier Bewegung gewährleistet.

Oesterreich.

Wien, 14. April. Die amtliche „Wiener Zeitung" meldet offiziell, daß das von vielen Zeitungen gebrachte angebliche Schreiben des Papstes an Kaiser Franz Joseph apokryph sei.

— In Wien und der Umgegend ist in der Nacht vom 10. zum 11. April starker Schneefall eingetreten, so daß in Folge der Schneeverwehungen selbst die Eisenbahnzüge verspätet eintrafen.

Pest, 12. April. Nach weiteren Mittheilungen des „Pester Lloyd" über das ungarische Budget beträgt das Ordinarium 101,949,000 fl. an Ausgaben und 101,498,000 fl. an Einnahmen; es ergiebt sich also ein Defizit von 410,000 fl. Das Erforderniß des Extraordinariums beträgt 27,656,000 fl. und die Deckung 37,690,000 fl., worunter 30 Millionen fl. Eisenbahnanlehen. Der Finanzminister soll nämlich das ganze ungarische Anlehen an mehrere Wiener Banquiers, Rothschild, Schey und Andere, zu günstigeren Bedingungen begeben haben, als die von Paris aus angebotenen waren.

Schweiz.

Genf, 9. April. Gestern nahmen Delegirte der Arbeiter das Anerbieten der Arbeitgeber an, wonach die tägliche Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt und der Arbeitslohn um 10 pCt. erhöht wird. Sobald die Arbeitersectionen diese Uebereinkunft ratificirt haben, wird eine Proclamation die Beendigung der Strike ankündigen.

Belgien.

— Der Kriegs-Minister hat den Soldaten das Tragen der Waffen außer Dienst untersagt. Der „Temps" setzt hinzu: „Machen wir es ein wenig nach, Herr Marschall Niel."

Dänemark.

Kopenhagen, 10. April. Die französische Regierung, so telegraphirt man der Wiener „Presse", stellte die Verfertigung von Chassepots-Gewehren ein und bestellte aufs Schnellste in denselben amerikanischen Fabriken, in welchen die dänische Regierung ihre Gewehre bestellt, eine Lieferung von 100,000 Remington-Gewehren. Raslöffs Reise bezweckt, daß durch die französische Bestellung die Lieferung der dänischen Gewehre nicht verzögert werde.

Schweden.

Stockholm, 9. April. Der Minister der auswärtigen Angelegenh., Graf Manderström, der Finanz-Minister Freiherr v. Ugglas, der Kriegsminister Generalmajor Abelin, sowie der Minister des Innern v. Lagerstrale haben ihre Demission eingereicht; der König hat dieselbe bis jetzt noch nicht angenommen.

Großbritannien.

London, 8. April. Der Mangel an Aufregung über den gegen den Präsidenten Johnson im Gange befindlichen Prozeß von Seiten der Amerikaner, und die Ruhe, mit welcher die Verhandlungen selber geleitet werden, ist für einen großen Theil der englischen Presse unverkennbar überraschend, denn viele hatten sich in den Gedanken hineingeträumt, daß es im Senate zu heftigen Scenen, wie einst im französi[illegible] Convent, oder zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen der bewaffneten Macht und den Anhängern des Kongresses kommen werde. Die „Times" gesteht heute halb und halb ein, daß sie sich in ihren Voraussetzungen getäuscht habe.

— 9. April. Der Präsident der geographischen Gesellschaft, Sir R. Murchison, hat via Zanzibar Briefe von dem Reisenden Livingstone erhalten. Derselbe ist wohlbehalten und hat die Rückreise bereits angetreten. Die Reise Livingstone's ist sehr erfolgreich gewesen.

— 10. April. Aus Alexandria vom 6. April wird gemeldet, daß Sir Robert Napier den Ort Lat (westlich vom See Asbangi auf dem Plateau von Womberut) am 21. März besetzte und am 2. April Magdala zu erreichen hoffte. Theodorus befindet sich mit den Gefangenen, mit 26 Kanonen und 5000 Musketiren zu Magdala, sich auf Belagerung vorbereitend.

— Dr. O'Brien, der Dechant von Limerick, hat in den Zeitungen einen Brief veröffentlicht, worin er Gladstone's Antrag auf Abschaffung der Staatskirche warm befürwortet und dem Führer der Opposition seine und seiner politischen Freunde Unterstützung verheißt. In Betreff des Kirchen-Vermögens ruft er aus: „Capitalisirt es, kauft für 15 Millionen Land, um es dem Volke wieder zu verkaufen, kauft Eisenbahnen, unterstützt die Schifffahrt oder werft es ins Meer, nur laßt es nicht länger das Brandmal der Zwietracht, das Zeichen der Unterdrückung sein, und bleibt uns damit fern."

— In der irischen Kirchenfrage, die von den verschiedenen Parteien in Irland mit mehr und mehr Eifer verfochten wird, finden Versammlungen für und gegen die Staatskirche aller Orten statt.

— In Bezug auf die zukünftige Haltung des Ministeriums liegt Nichts vor, was die bisherige Ansicht entkräften könnte, daß Disraeli, selbst wenn in jedem einzelnen Punkte der bevorstehenden irischen Debatte geschlagen, doch nicht abdanken und auch nicht auflösen, sondern die Entscheidung dem nächsten Parlamente vorbehalten werde.

— Der Sturm welcher vor mehreren Tagen den Kanal aufwühlte und mehreren Fahrzeugen den Untergang bereitete, hat vier unterseeische Kabel zerrissen, zwei belgische und zwei französische. Dadurch ist die telegraphische Verbindung von Dover sowohl nach Ostende, wie nach Calais unterbrochen.

— Um die vielverbreitete Ansicht zu wiederlegen, als existire die Schuldhaft in England nicht mehr, theilt der „Morning Star" als Thatsache mit, daß sich in einem der Londoner Schuldgefängnisse ein Mann seit 24 Jahren in Haft befinde. — Dazu die Bemerkung, daß Schuldner durch die Grafschaftsgerichte wegen ein und derselben Schuld wiederholt zur Haft verurtheilt werden können.

Italien.

Florenz, 6. April. Die Deputirtenkammer genehmigte den Artikel des Mahlsteuergesetzes, welcher die Bestimmung enthält, daß gleichzeitig mit der Mahlsteuer eine Besteuerung der Rentencoupons eintritt.

— Wie das Genueser Blatt „Il Dovere" schreibt, gedenkt Garibaldi, der nicht mehr als Gefangener in Caprera bleiben will (das jetzt von einer Abtheilung der bewaffneten Macht bewacht wird), die Insel zu verlassen; er werde sich vielleicht nach Sicilien begeben.

Rom, 5. April. Man erwartet, daß die letzte französische Division binnen Kurzem nach Frankreich zurückkehren wird, die Offiziere haben schon Ordre erhalten, Alles zum Abmarsch vorzubereiten.

— Zahlreiche Haussuchungen sind in Rom vorgenommen. Im Kriegsministerium hat man 300 Exemplare der Broschüre gegen die Organisation der päpstlichen Armee und die Operationen des letzten Feldzuges mit Beschlag belegt. Diese 300 Exemplare waren von Frankreich hierher geschickt worden, um unter die Offiziere der Armee vertheilt zu werden. Das Gerücht von der Absetzung des Generals Kanz-

---

ganzen Freimuthe seines derben naturwüchsigen Wesens entgegen. Während des letzten Krieges war er einer der hervorragendsten Befürworter jeder entschieden freiheitlichen Maßregel; ja, er verlor nicht selten die Geduld ob der ruhigen Besonnenheit Abraham Lincoln's. Auch in den nach Beendigung des Krieges stattgefundenen heißen Kämpfen maschirte Wade stets in der Avantgarde der Freiheit. Mit den Muckern und frömmelnden Mäßigkeitsaposteln hat er nichts gemein. Er bekämpfte auch stets den Unsinn des sogenannten amerikanischen Nativismus, jenes Dünkels, der den Eingeborenen mit Stolz und Verachtung auf die Eingewanderten blicken läßt. Auch ist er ein feuriger Befürworter des Frauenstimmrechts, wird aber als Präsident so gut wie nichts für die Erringung dieses zweifelhaften Gutes thun können. Auf socialem Gebiete ist er ein erprobter und entschiedener Freund jeder vernünftigen Arbeiterbewegung.

Trotz seines hohen Alters ist Wade körperlich frisch und gesund. Sein makelloser Privatcharakter wird selbst von seinen erbittertsten Gegnern bereitwillig anerkannt. Dt. Bl.

ler erhält sich und man sagt, daß er durch den General Mazio ersetzt werden soll. Die Schiffe, welche die Brigade Potier nach Frankreich zurückführten, haben eine große Menge Artillerie nebst Zubehör für die Fortificationen Roms mitgebracht.

— Ein Lager soll bei Rocca Passo unter Befehl des Generals Zappi gebildet werden. Dasselbe wird aus Infanterie, Cavallerie und Artillerie bestehen.

— In Folge einer von König Georg ausgespronen Absicht, nach Rom zu ziehen, soll Cardinal Antonelli bei der preuß. Regierung angefragt haben, ob man diesseits etwas dagegen einzuwenden habe.

Neapel, 5. April. Es ist wiederum eine Räuberbande in der Provinz di Lavoro vernichtet worden. Die energischen Maßregeln des Generals Pallavicini haben eine allgemeine Entmuhigung unter den Räuberbanden hervorgebracht und veranlaßt, daß dieselben sich zerstreut haben.

— Nachrichten aus Rom konstatiren, daß an einem einzigen Tage 60 Mann aus der Fremdenlegion, meistens Franzosen, fahnenflüchtig geworden sind. Die Badenser und Würtemberger sollen fast alle nach und nach das Weite gesucht haben. Auch scheine die vielbesprochen ungarische Legion nicht zu Stande kommen zu sollen. Der Commandant der Engelsburg ist als des Unitarismus verdächtig verhaftet worden.

Provinzielles.

Pelplin. [Münzen-Fund.] In einem Thurme der Kathedralkirche zu Pelplin sind unlängst mehrere Hundert von Silbermünzen in einer Mauernische gefunden worden. Der Bischof von Culm hat diese dem Knaben-Erziehungsinstitut daselbst überwiesen.

Königsberg, 15. April. Nach Untersuchungen, welche seitens der Gumbinner Veterinärbehörde angestellt sind, ist es unbegründet, daß sich in den polnischen Grenzdörfern wiederum Rinderpest gezeigt hat; nur bei dem Viehstande eines Gutes war der Milzbrand ausgebrochen. — Große Massen ungarischen Getreides sind durch unsere Stadt nach Littauen geschafft worden.

Gumbinnen, 15. April, In Schmaleningken haben anläßlich der Zahlung des Tagelohns Unruhrn unter den Arbeitern stattgefunden. Der Tagelohn sollte bis zur Beendigung der Accordarbeit einstweilen herabgesetzt werden. Die Chausseearbeiter erzwangen aber durch Drohungen den früheren Tagelohn. Die Rädelsführer sind meistens Arbeiter aus dem Pillkallener Kreise. Die K. Staatsanwaltschaft ist eingeschritten.

Lokales.

— **Personal-Chronik.** Die „Danz. Ztg." schreibt: „Durch den am 13. April erfolgten Tod des Commerzienrathes Simon Ludwig Adolph Hepner hat unsere Stadt einen ihrer älteren Mitbürger verloren, der wegen der Biederkeit seines Characters und Wohlwollens seiner Gesinnung sich in eben dem Grade der allgemeinen Werthschätzung erfreute, als seine mannigfaltige Thätigkeit vertrauens- und ehrenvolle Anerkennung gefunden hat. Geboren am 3. April 1801 zu Thorn, trat er 1816 in ein hiesiges Handelsgeschäft, etablirte sich 1823 als Großbürger, war im Communaldienste thätig als Stadtverordneter, als Mitglied des Magistrats und mit besonderer Liebe länger als 30 Jahre als Vorsteher der städtischen Armenanstalt, deren zweimalige mühevolle Uebersiedelung vom alten Zuchthause nach Pelonken er leitete; er gehörte dem Aeltesten-Collegio der Kaufmannschaft an, war Mitglied des Königl. Commerz- und Admiralitäts-Collegii; Consul für das Königreich Hannover; wurde von der Stadt Danzig in die erste Kammer und nach Umgestaltung derselben zum Herrenhause durch das Vertrauen des hiesigen Wahlkreises zum Abgeordneten erwählt, welche Wahl er aber mit Rücksicht auf die bei ihm beginnende Krankheit ablehnte. In der reformirten Gemeinde führte er mit regem Interesse bis zur merklichen Abnahme seiner Kräfte das Präsidium des Senioren-Collegii, war ein thätiges Vorstandsmitglied der hiesigen Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten und überall bereit, mit Rath und That zu helfen, weshalb Viele sein Gedächtniß segnen. — Die Beerdigung findet Freitag früh 9 Uhr nach dem St. Salvator-Kirchhofe statt."

— **Zur Cultur in Westpreußen.** Wenn es auch nicht geleugnet werden kann, daß unsere heimathliche Provinz hinter anderen, von der Natur begünstigten Landestheilen der preußischen Monarchie in der Cultur zurückgeblieben ist, so ist das — wir haben die Ursachen, daß unsere Provinz zurückgeblieben ist, unseren Lesern mitgetheilt — sicher nicht, oder nur zum geringsten Theile, die Schuld der Bewohner selbst. Diesen fehlt es an Strebsamkeit und Intelligenz nicht, und die erfreuliche Wahrnehmung drängt sich dem Beobachter auf, daß in den Städten, wie auf dem platten Lande unter Anwendung des Associations-Princips (landwirthschaftliche Vereine, Handwerker-Vereine, Vorschußvereine ꝛc.) die geistige, damit aber auch materielle Cultur, wenn auch langsam, doch ununterbrochen vorwärts schreitet.

An diesem Culturproceß betheiligen sich auch unsere Mitbürger polnischer Zunge und verdienen ihre Bestrebungen nach dieser Seite hin Beachtung und Anerkennung. Hat ein gebildeter Mensch an und für sich schon eine Freude daran, daß die Cultur fortschreitet, so wird dieselbe noch gesteigert durch die Einsicht, daß auch er von derartigen Bestrebungen, sei es unmittelbar oder mittelbar, eine Förderung seiner eigenen Interessen erwarten darf. In dieser Position befinden wir, deutsche Bewohner Westpreussens, uns gegenüber den Bestrebungen unserer polnischen Mitbürger auf socialem und wirthschaftlichem Gebiete.

Der Ausdruck „Polnische Wirthschaft" hat im Laufe der Zeit, wenn wir die Bewirthschaftung der großen Güter in unserer Gegend, welche polnischen Besitzern angehören, in Betracht ziehen, im Ganzen und Großen seine Berechtigung verloren. Die Wirthschaft ist eine rationelle geworden; an Stelle der Gleichgültigkeit gegen die Wissenschaft ist ein lebhaftes Interesse für dieselbe getreten — arme, zur wissenschaftlichen Ausbildung befähigte Knaben und Jünglinge z. B. werden auf Gymnasien und Universitäten unterstützt —, die ehemalige Verschwendungssucht und das Behagen an äußerer, kostspieliger Repräsentation haben der Sparsamkeit Platz gemacht.

Was wir hier gesagt haben, bewahrheitet sich nicht blos im Hinblick auf die größeren adligen polnischen Grundbesitzer, sondern auch auf die kleineren bäuerlichen Grundbesitzer. Zur Kenntnißnahme der zeitigen Culturbewegung unter den kleineren polnischen Grundbesitzern in Westpreußen sind die Verhandlungen der 2. Generalversammlung der polnischen Landwirthe, welche im Februar c. statthatte, eine beachtenswerthe Quelle. Derartige Versammlungen sollen hier auch fernerhin jährlich einmal stattfinden. In der Februarversammlung berichtete Herr Kraziewicz, ein bäuerlicher Grundbesitzer aus der Gegend von Stuhm, über den Verfall und die allmälige Hebung der polnischen bäuerlichen Wirthschaften in Westpreußen. Die traurigste Zeit für den polnischen Bauern trat ein mit dem J. 1821, wo die Separation von der preuß. Regierung in Westpreußen eingeführt wurde, und währte bis 1850, wo die Regulirung der ländlichen Grundverhältnisse ihren Abschluß erhielt. Der polnische Landmann, der tüchtig nach Anweisung zu arbeiten verstand, vermochte das Gleiche nicht auf seinem Eigenthum. Zur Bewirthschaftung desselben fehlten ihm Kenntnisse und Credit zur Durchführung einer rationellen Wirthschaft. Zu diesen Uebelständen kam noch, daß die Trunksucht in schreckenerregender Weise überhand nahm. Die Folge hiervon war, daß eine große Anzahl dieser Wirthschaften in deutschen Besitz überging und zu großen Besitzungen zusammengelegt wurde, zu deren gewinnreicher Bewirthschaftung weder Intelligenz, noch Geldcapital fehlte. Der Trunksucht wurde mit Erfolg von den Geistlichen entgegengearbeitet; der Anblick des ersten ersparten und nicht in Spiritus umgesetzten Groschens kräftigte dann den angeregten Sparsamkeitstrieb. Nach der wirthschaftlichen Seite trat eine Wendung zum Bessern ein durch die Begründung der landwirthschaftlichen polnischen Kreisvereine. Neben diesen Vereinen hat man es für zweckmäßig erachtet, Vereine derselben Tendenz nach den Kirchsprengeln zu begründen, um den Besuch der Versammlungen zu erleichtern. In den 16 Kreisen: Strasburg, Löbau, Culm, Thorn, Graudenz, Stuhm, Schwetz, Conitz, Flatow, Schlochau, Dt. Crone, Berent, Carthaus, Stargard und Marienwerder bestanden schon 1865 7 landwirthschaftliche Vereine mit 892 Mitgliedern, von welchen 612 kleinere Grundbesitzer, im Jahre 1868 hatte sich die Zahl der Vereine um 3 vermehrt, ist also auf 10 gestiegen, welchen 2174 Mitglieder (davon 1687 kleinere Grundbesitzer) angehörten. Mit diesen Vereinen, deren nächster Zweck die Hebung der bäuerlichen polnischen Wirthschaften in Westpreußen ist, sind auch Vorschußvereine und Volksbibliotheken verbunden. — In finanzieller Beziehung haben diese Vorschußvereine an der hiesigen Creditbank von Donimirski, Kalkstein und Lyskowski einen respectablen Hinterhalt.

Von dieser Culturbewegung dürfen wir nicht blos Hebung des Wohlstandes in Westpreußen erwarten. Ohne Frage wird dieselbe auch die Gesittung in unserer Gegend steigern und die Vorurtheile allmälig beseitigen, welche leider noch auf polnischer, wie auf deutscher Seite gegen einander bestehen. Bildung verbindet die Völker und lehrt sie sich gegenseitig achten.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 16. April cr.

	Schluß besser.
Fonds:	
Russ. Banknoten	$83\frac{7}{8}$
Warschau 8 Tage	$83\frac{3}{4}$
Poln. Pfandbriefe 4%	62
Westpreuß. do. 4%	82
Posener do. neue 4%	$85\frac{1}{2}$
Amerikaner	$76\frac{1}{4}$
Oesterr. Banknoten	$87\frac{1}{4}$
Italiener	$47\frac{1}{2}$
Weizen:	
Frühjahr	92
Roggen:	flau.
loco	$72\frac{1}{2}$
Frühjahr	71
Herbst	59
Rüböl:	
loco	$10\frac{1}{3}$
Herbst	$10\frac{2}{3}$
Spiritus:	matter.
loco	$20\frac{1}{24}$
Frühjahr	$19\frac{5}{6}$
Herbst	$19\frac{3}{4}$

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 16. April. Russische oder polnische Banknoten $83\frac{7}{8}$—$84\frac{1}{8}$, gleich $119\frac{1}{6}$—$118\frac{5}{6}$%.

Thorn, den 16. April.

Weizen 115—121 pfd. holl. 86—90 Thlr., 121—126 pfd. holl. 96—102 Thlr., 122—126 pfd. 92—96 Thlr. per 127—130 Pfd.; 98—102 Thlr. per 2251 Pfd. feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 112—116 pfd. 64—67 Thlr., 117—121 pfd. 68—70 Thlr. per 2000 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 60—62 Thlr., gute Kocherbsen 64—68 Thlr. per 2250 Pfd.

Gerste, Hafer ohne Zufuhr.

Danzig, den 15 April. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 115—132 pfd. von 95—135 Sgr. pr. 85 Pfd.

Roggen 117—121 pfd. von $90\frac{1}{2}$—92 Sgr. pr. $81\frac{5}{6}$ Pfd.

Gerste, kleine 104--110 pfd. von 66—72 Sgr. pr. 72 Pfd. do große 106—113 Pfd. 67—$72\frac{1}{2}$ Sgr. 72 Pfd.

Erbsen Futter- 80—$92\frac{1}{2}$ Sgr. pr. Kochwaare pr. 90 Pfd.

Hafer 46—50 Sgr. pr. 50 Pfd.

Spiritus $20\frac{2}{3}$ Thlr. pr. 8000 pCt. Tr.

Stettin, den 15. April.

Weizen loco 95—105, Frühj. $104\frac{1}{4}$.

Roggen loco 71—75, Frühj. u. Mai-Juni $72\frac{1}{2}$.

Rüböl loco $10\frac{1}{4}$, Br. April-Mai $10\frac{1}{2}$.

Spiritus loco $20\frac{5}{12}$, Frühj. $20\frac{1}{12}$, Mai-Juni $20\frac{1}{4}$

Amtliche Tagesnotizen.

Den 16. April. Temp. Wärme 3 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 10 Fuß 7 Zoll.

Inserate.



Heute früh $8\frac{3}{4}$ Uhr starb nach langem Leiden meine unvergeßliche Frau **Emilie Holm** geb. **Laederer** im noch nicht vollendeten 44. Lebensjahre, tief beweint von mir und vier noch unerzogenen Kindern.

Kl. Mocker, 16. April 1868.

Die Hinterbliebenen.

Wilh. Holm und Kinder.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 18. d., Nachmittags 4 Uhr, statt.

Inserate.

Heute Nachmittag 5 Uhr wurde meine Frau von einem Knaben entbunden.

Kleefelde, den 15. April 1868.

R. Feldtkeller.

Zur Aufnahme neuer Schülerinnen bin ich am 17. und 18. d., von 9—1 Uhr Vormittags, im Amtslokal bereit.

Dr. A Prowe,

Director der städtischen Töchterschulen.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**